

Tausend Wagen Brotgetreide aus Deutschland.

Nähere Details über die deutsche Hilfe.

Von zuständiger deutscher Seite.

Wien, 20. Juni.

Von zuständiger Seite erfahren wir über die Verhandlungen, die zu der deutschen Zusage der Sendung von Brotgetreide geführt haben...

Die Verhandlungen wurden in Berlin von dem österreichischen Ernährungsminister Paul mit Herrn v. Waldow, dem Chef des deutschen Kriegsernährungsamtes, und seinem Unterstaatssekretär v. Braun geführt.

Die ziemlich schwierigen Verhandlungen zeitigten zunächst das Ergebnis, daß Deutschland 500 Waggons

Brotgetreide zu liefern unternahm. Diese zumeist aus Süddeutschland und vor allem aus Bayern stammenden Mengen sind bereits im Anrollen, und ein Teil dürfte schon heute oder morgen eintreffen.

Verhandelt wurde noch über 500 weitere Waggons, bezüglich deren aber Deutschland Bedingungen wegen rechtzeitiger Rücklieferung aus der neuen österreichischen Ernte stellen mußte. Ueber diesen Punkt war, als Minister Paul nach Wien zurückkehrte, noch keine definitive Einigung erzielt, doch wurde im Laufe des gestrigen Tages im Ministerratspräsidium darüber weiter verhandelt, und gestern Abend dürfte die Sache abgeschlossen worden sein.

Deutschland liefert also — wie das gestrige Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ bereits mitgeteilt hat — im ganzen 1000 Waggons Brotgetreide an Oesterreich. Als Empfänger erscheint das österreichische Ernährungsamt, wie auch dieses mit dem deutschen Kriegsernährungsamt verhandelt hat. Von Verhandlungen mit der deutschen Heeresverwaltung kann nur insofern gesprochen werden, als das Oesterreich zur Verfügung gestellte deutsche Getreide aus den Beständen nicht bloß des Kriegsernährungsamtes, sondern auch der Heeresverwaltung stammt.

Wie die zur Verfügung gestellte Menge in Oesterreich verteilt wird, ist eine ausschließlich österreichische Angelegenheit. Deutschland hat Oesterreich 1000 Waggons Brotgetreide zur Verfügung gestellt.

Die Ernährungsverhandlungen mit Deutschland und Ungarn.

Nach Mitteilungen von hervorragend unterrichteter Seite.

Wien, 20. Juni.

In den heutigen offiziellen Darstellungen über die Ernährungsfrage ist eine Ziffer über die Verteilung der zu erwartenden Getreideankünfte nicht genannt worden. Der Grund liegt darin, daß das Bild täglich wechselt, und es müssen daher an jedem Tage neue Aufstellungen gemacht werden. Man trifft zunächst die Generaldispositionen, die dann von Fall zu Fall Detaildispositionen unterliegen. Wenn man z. B. heute eine Menge Getreide nach Böhmen zur Vermahlung in eine Reihe von Orten schickt, ist damit nicht gesagt, daß das Mehl auch tatsächlich für diese böhmischen Gegenden bestimmt ist, wenngleich aus frachtdonominischen Rücksichten das Getreide nach Möglichkeit dorthin dirigiert wird, wo das Mehl zum Konsum gelangen soll. Würde man also heute beispielsweise 200 von den aus Deutschland einlangenden 1000 Wagen nach Böhmen disponieren, so beweist das nicht, daß dieses Quantum die Bedarfsdeckung Böhmens darstellt. Es stehen auch noch andere Mengen von Getreide zur Verfügung, nämlich die regelmäßig eintausenden, wenn auch unzureichenden Quantitäten aus Ungarn, der Ukraine und Besarabien. So ist auch heute über die aus Deutschland eintreffenden 1000 Wagen noch nicht zur Gänze disponiert worden. Sicher ist, daß der größte Teil derselben für die Zivilbevölkerung dienen wird. Wenn der Bedarf der Heeresverwaltung durch die ungarischen und ukrainischen Zuschüsse nicht gedeckt ist, muß ein Quantum von den aus Deutschland kommenden 1000 Wagen abgepalten werden; am nächsten Tage können aber wieder etwas größere Importe aus der Ukraine da sein, die einen Ausgleich herbeiführen. Die Abrechnungen muß man sich also etwa wie einen immer wechselnden Clearingverkehr vorstellen. Wir wissen, daß die in Aussicht stehenden Ankünfte für die normale Brotversorgung unzureichend sind, und solange wir nicht große Zuschüsse aus der neuen Ernte haben werden, ist eine Änderung des jetzigen Zustandes nicht zu erwarten. Nach dem Augenblicksbild würde die verkürzte Brotration in Wien bis über die nächste Woche hinaus in die zweitnächste Woche gesichert sein; aber halbwegs verlässliche Termine lassen sich, wie erwähnt, nicht geben, denn bei einem plötzlichen Einlauf von 70 oder 80 Wagen wechselt das Bild wieder. Das ist ja auch der Grund, weshalb täglich neue und geänderte Dispositionen vorgenommen werden müssen. Wien braucht an Brotmehl in der Woche ungefähr 120 Waggons; dazu kommen noch für Verschleißmehl etwa 30 Waggons. Von Wien aus werden auch gewisse niederösterreichische Gebiete, in denen Kriegsindustrien sind, mit Brot versorgt. Es wird sich ferner zeigen, wie viel wir für die Kronländer außerhalb Niederösterreichs abgeben müssen, was natürlich von der jeweiligen Situation in denselben abhängt.

Es wird alles darangesetzt werden, um aus dem Frühdruck in Ungarn möglichst rasche Bezüge zu erlangen. In normalen Zeiten beginnt der Schnitt in Ungarn zu Peter und Paul und die an die andere Reichshälfte angrenzenden Gegenden Oesterreichs haben ja auch eine Früherte, aber das Herausbringen großer Quantitäten nimmt bei aller Beschleunigung doch eine gewisse Zeit in Anspruch. Wenn also auch für eine kurze Zeit die bedrückendste Sorge des Augenblicks beseitigt ist, so darf man sich doch darüber nicht täuschen, daß nach den ersten Tagen des Juli wieder nicht geringe Schwierigkeiten eintreten dürften.

Was die anderen Nahrungsmittel betrifft, ist die ungarische Fleischquote zunächst gesichert. Sedenfalls werden wir auch Gemüse und Frühkartoffeln aus Ungarn bekommen und man rechnet auch mit der Ankunft größerer Obstmengen.

Die ungarische Aushilfe für Wien.

(Telegramm des „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 20. Juni.

Der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr ist hier eingetroffen. Er hatte vormittags eine längere Beratung mit dem Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz, worauf er den Ministerpräsidenten Dr. Weterle im Abgeordnetenhaus aufsuchte und mit ihm gleichfalls eine Besprechung pflog. Die Beratungen des Generalmajors Landwehr gelten der Frage der Aushilfe für Wien. Wie Ihr Korrespondent von informierter Seite erzählt, findet heute im Ernährungsministerium unter dem

Vorsitze des Prinzen Ludwig Windisch-Grätz eine Konferenz statt, in der über die Möglichkeit beraten werden wird, der Stadt Wien weitere Aushilfen zu gewähren. Ernährungsminister Prinz Windisch-Grätz hat schon wiederholt bei ähnlichen Anlässen von seiner Bereitwilligkeit Zeugnis abgelegt, nach Tunlichkeit zu helfen. Es ist wohl schwer, im gegenwärtigen Zeitpunkt größere Quantitäten anzubringen, jedoch wird alles aufgeboten werden, um durch die teilweise Inanspruchnahme der ungarischen Hauptstadt sowie durch die rasche Beförderung der zur Verfügung stehenden Gemüse, besonders von Frühkartoffeln, Zuckerrüben, Kürbissen, die Not in Wien zu lindern. Auch die rasche Anlieferung von Fleisch und Mehl im Rahmen der Möglichkeit ist in Aussicht genommen.

Es muß jedoch die Tatsache berücksichtigt werden, daß in Ungarn selbst an vielen Orten sehr große Approvisionierungsschwierigkeiten bestehen. Graf Stephan Tisza hat schon in seiner gestrigen Rede darauf verwiesen, daß in einzelnen Gegenden die Kopsquote unter das Ausmaß der Wiener Quote herabgesetzt werden mußte. Es wird sich die Notwendigkeit ergeben, in der Frage der Versorgung von Wien direkte Verhandlungen zwischen Wien und Budapest zu führen, weil in der jüngsten Vergangenheit für Wien bestimmte Sendungen an andere Bestimmungsorte gelangt sind, was den Intentionen der ungarischen Regierung nicht entsprach. Dies darf jedoch keineswegs dahin ausgelegt werden, daß die ungarische Regierung irgendeine Ingerenz auf die diesbezüglichen Verfügungen der österreichischen Regierung ausüben wollte oder könnte.

Die Ausfälle im Wiener Gemeinderate gegen Ungarn haben in den hiesigen maßgebenden Kreisen Befremden erweckt, da gerade das Ministerium Weterle es war, das von allem Anfang an Oesterreich Aushilfe geleistet hat, wenn es hiezu in der Lage war.

„Az Ujsag“ bringt in seinem heutigen Leitartikel die Anregung, Wien durch Aushilfen aus den privaten Vorräten Beistand zu leisten. Das Blatt schreibt, die Stadt und der Staat haben keine Vorräte, aber es gibt Hunderttausende von Leuten, die sich für das ganze Jahr mit Mehl und anderen Lebensmitteln versehen haben, die jetzt aus ihren Vorräten, welche ihren Bedarf decken, vielleicht reichlich decken, einige Kilogramm Mehl oder andere Lebensmittel den Wienern zur Verfügung stellen könnten. Wir sind nicht imstande aus eigener Initiative den Weg zu den Herzen der ungarischen Gesellschaft zu gewinnen, aber die Regierung kann dies tun, wenn sie mit unferer Anregung einverstanden ist. Die ganze Presse würde gewiß mit der größten Bereitwilligkeit sich zur Verfügung stellen, um eine diesbezügliche Bewegung einzuleiten. Jede, auch die geringste Milderung der Not, ist heute ein gemeinsames Kriegsinteresse. Die Sammlung von Naturalien könnte mit der nötigen Entschlossenheit leicht organisiert werden.

Eine Ernährungsdebatte im Wiener Stadtrat.

Wien, 20. Juni.

Heute vormittag versammelte sich der Stadtrat, um eine Reihe von Geschäftsstücken zu erledigen. Im Laufe der Sitzung kam es zu einer interessanten Ernährungsdebatte, die sich mit dem vom Bezirkswirtschaftsrat erstatteten Bericht, betreffend die Kartoffelversorgung der Stadt Wien in der nächsten Woche, beschäftigte.

Der neueste Kartoffelbericht des Magistrates ist kein sehr günstiger und die Kartoffelversorgung der Stadt Wien für die nächste Woche erscheint noch nicht sichergestellt. Die Kartoffelzuschüsse lassen zu wünschen übrig und die von Ungarn bezugsfähigen Zufuhren von Frühkartoffeln haben sich noch nicht eingestellt.

Infolgedessen sind verschiedene Gedanken im Stadtrate ventiliert worden, wie man einer eventuellen Kartoffelknappheit begegnen könnte. Unter anderem wurde der Antrag gestellt, der Bürgermeister werde ersucht, mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung zu treten, um für die kartoffelarme Zeit der Bevölkerung wenigstens den Genuß von Gemüse in ausreichender Menge und zu billigen Preisen zu sichern. Bekanntlich läßt die Regierung in Ungarn Fleisch zu hohen Preisen einkaufen und dann zu herabgesetzten Preisen an die Bevölkerung verkaufen. Nach dem Muster der Fleischkäufe könnte man auch mit dem Gemüse verfahren. Die Regierung sollte die Einkaufspreise für Gemüse belassen, dagegen die Verkaufspreise auf den Märkten in der Weise bestimmen, daß die breiten Schichten der Bevölkerung ausreichend gutes und billiges Gemüse erhalten. Der Staat müßte also die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis aus Eigenem zahlen.

Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine Beschäftigung, in deren Verlauf darauf hingewiesen wurde, daß ein Teil des Gemüses staatlich bewirtschaftet werde, während ein anderer Teil des Gemüses dem freien Handel unterliegt. Der Antrag fand im allgemeinen lebhaften Zustimmung, und so wird sich der Bürgermeister in den nächsten Stunden mit der Regierung ins Einvernehmen setzen, um für die kartoffelarme Zeit die Gemüseversorgung für die Hauptstadt in geregelte Bahnen zu lenken.

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß, wenn auch viel Gemüse vorhanden ist, die hohen Preise es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich machen, sich mit Gemüse zu versorgen. Wenn nun auch Kartoffelknappheit einträte, müßte man der Bevölkerung andere Nahrungsmittel liefern. In der Debatte wurde auch hervorgehoben, daß nächste Woche wegen der Brotversorgung Schritte unternommen werden müssen, weil am Montag viele Bäder in Aufbruch der behördlichen Verordnung ihren Kunden die ganze Brotration ausfolgten und sich daher die Notwendigkeit ergeben würde, diesen Kunden, die das ganze Brot erhalten haben, in der nächsten Woche überhaupt kein Brot auszufolgen. Die Debatte zeitigte noch eine Reihe von anderen Vorschlägen, es kam jedoch zu keinem Beschlusse.

Keine Plakatierung der Gemeinderatsresolution.

Der Stadtrat hat gelegentlich der Fassung einer Entschließung über die Kürzung der Brotquote auch beschlossen, diese Entschließung durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auf die vom Bürgermeister Doktor Weiskirchner angeführte Bemerkung, daß eine solche Plakatierung die Verhöhnung der Bevölkerung bedeuten würde, wurde aufgegeben, diese Entschließung nicht zu veröffentlichen, da diesem Refus eine ausschließende Wirkung nicht zukomme.

direktion die Verhöhnung, daß diesem Ansuchen aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung eine willfahrende Folge nicht gegeben werden könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der heutigen Stadtratsitzung Mitteilung über diese Angelegenheit, und über seinen Antrag wurde beschlossen, einen Refus gegen diesen Beschluß nicht zu ergreifen, da diesem Refus eine ausschließende Wirkung nicht zukomme.